

Freiräume, Eigeninitiative und Jugendkultur

- **Wie setzt sich die FDP/DVP Baden-Württemberg dafür ein, dass junge Menschen mehr Freiräume für selbstorganisierte, nicht-kommerzielle Freizeit-, Kultur- und Begegnungsangebote erhalten?**

Wir Freie Demokraten wollen, dass junge Menschen in Baden-Württemberg mehr Freiräume erhalten, um Freizeit, Kultur und Begegnung selbst zu gestalten, ohne Bevormundung und ohne unnötige Hürden. Dazu gehört für uns vor allem, bürokratische Hemmnisse abzubauen und Engagement so zu unterstützen, dass Initiativen und Jugendgruppen ihre Zeit in Inhalte statt in Antrags- und Nachweispflichten investieren können. Gleichzeitig wollen wir jugendpolitische Themen ressortübergreifend besser koordinieren, damit Angebote und Unterstützung im Land schneller und wirksamer ankommen.

- **Welche Maßnahmen ergreift die FDP/DVP, um eine vielfältige, kreative und von Eigeninitiative geprägte Jugendkultur zu fördern?**

Jugendkultur lebt von Eigeninitiative, Kreativität und dem Mut, Neues auszuprobieren. Wir wollen deshalb Rahmenbedingungen schaffen, die Engagement leichter machen und sichtbar anerkennen, etwa durch moderne Formen der Unterstützung und eine Kulturpolitik, die nicht nur in den Zentren wirkt, sondern kulturelle Angebote in der Fläche stärkt. Dazu gehört für uns auch, Kulturförderung verlässlicher, übersichtlicher und strategischer auszurichten, indem wir sie in einem Landeskulturplan, analog zum Landessportplan, bündeln und weiterentwickeln. So schaffen wir mehr Transparenz, bessere Koordination und langfristige Perspektiven für Träger und junge Engagierte, die Jugendkultur vor Ort möglich machen.

Jugend beteiligen – freiwillig und wirksam

- **Wie stellt sich die FDP/DVP Baden-Württemberg eine moderne, zielgruppengerechte und wirksame Jugendbeteiligung auf Landesebene vor?**

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Jugendbeteiligung ein, die freiwillig, niedrighschwellig und wirksam ist. Beteiligung soll junge Menschen nicht durch zusätzliche Gremien oder Pflichtformate abschrecken, sondern ihnen echte Mitgestaltung ermöglichen. Deshalb wollen wir politische Beteiligung stärker digital organisieren, Verfahren vereinfachen und Beteiligungsformate so gestalten, dass sie zeitlich flexibel und alltagsnah nutzbar sind und Ergebnisse besser miteinander verzahnt werden. Wir wollen politische Prozesse transparenter machen und Beteiligung dadurch attraktiver gestalten, dass junge Menschen frühzeitig informiert werden und nachvollziehen können, wie ihre Anregungen in politische Entscheidungen einfließen. Ziel ist es, demokratische Teilhabe zu stärken, ohne sie zu formalisieren oder zu verrechtlichen.

- **Wie will die FDP/DVP die Umsetzung des Beteiligungsparagraphen (§ 41a GemO) praxisnah, unbürokratisch und wirkungsorientiert verbessern?**

Wir Freie Demokraten unterstützen das Ziel, junge Menschen bei kommunalen Entscheidungen einzubeziehen. Gleichzeitig halten wir es für entscheidend, dass die Umsetzung des § 41a GemO

den Kommunen ausreichend Gestaltungsspielraum lässt. Jugendbeteiligung muss vor Ort passgenau organisiert werden können und darf nicht durch starre Vorgaben oder zusätzliche Bürokratie belastet werden. Wir setzen deshalb auf flexible Beteiligungsinstrumente, insbesondere digitale Formate, die Kommunen freiwillig und situationsbezogen einsetzen können. Jugendbeteiligung soll Wirkung entfalten, ohne neue Pflichtstrukturen aufzubauen oder ehrenamtliches Engagement zu überfordern. Um die Jugendbeteiligung aber auch über die Gemeindegrenzen hinweg zu stärken, wollen wir einen gesetzlichen Rahmen für die interkommunale und kreisweite Kinder- und Jugendbeteiligung schaffen.

Mobilität: flexibel, bezahlbar, zukunfts offen

• Wie sorgt die FDP/DVP Baden-Württemberg dafür, dass junge Menschen unabhängig vom Wohnort flexibel, selbstbestimmt und bezahlbar mobil sein können?

Wir Freie Demokraten setzen auf Wahlfreiheit und eine Mobilitätspolitik, die junge Menschen nicht bevormundet, sondern ihnen eine verlässliche „Reisekette“ ermöglicht – gerade auch im ländlichen Raum. Dafür wollen wir einen digital funktionierenden ÖPNV mit Echtzeitinformationen, einer landesweit nutzbaren App und nutzerfreundlichen Abrechnungssystemen für Gelegenheitsfahrten. Ergänzend setzen wir auf bedarfsgerechte Angebote von und nach Hause – insbesondere in Randzeiten – und wollen dafür auch autonom fahrende Kleinbusse/On-Demand-Angebote ermöglichen und weiterentwickeln. Außerdem wollen wir die Bereitstellung von Echtzeitdaten verbessern und durch strukturelle Schritte wie Effizienzsteigerungen bei den Verkehrsverbünden bessere Angebote ermöglichen. Beim ÖPNV setzen wir auf praktische Verbesserungen und eine wirtschaftlich sinnvolle Verdichtung von Takt und Netz, damit Bus und Bahn tatsächlich attraktiv werden. Wir setzen auf digitalisierte, automatisierte und vernetzte Verkehre der Zukunft. Bequem digital Shuttles buchen, die einen zu Bus und Bahn und sicher zurückbringen – das ist unser Ziel. Wir haben uns auch für begleitetes Fahren ab 16 und die Fahrzeugklasse AM ab 15 eingesetzt.

• Wie positioniert sich die FDP/DVP zur Preisstabilität und Weiterentwicklung des D-Ticket Jugend BW?

Wir unterstützen, dass junge Menschen ein einfaches, landesweit verständliches und dauerhaft nutzbares Ticketangebot haben. Aus unserer Sicht spricht viel dafür, das D-Ticket Jugend BW bzw. das JugendticketBW in die Deutschlandticket-Logik zu integrieren und so zu vereinfachen und attraktiver zu machen; eine solche Überführung haben wir ausdrücklich eingefordert.

Zur Preisstabilität verfolgen wir eine Linie, die das Ticket verlässlich finanzierbar macht: Wir wollen den Erhalt des Deutschlandtickets mit einem zukunftsfesten Finanzierungskonzept und sind bereit, die landesseitig erforderlichen Zuschüsse zu leisten. Preisentscheidungen sollen dabei nicht zu einem dauerhaften politischen „Zickzackkurs“ führen, sondern nachvollziehbar und solide gegenfinanziert sein. Ergänzend ist unsere Haltung, dass das Deutschlandticket auch bei Preisfortschreibungen ein faires Angebot bleiben kann – entscheidend ist, dass das Land dann Verantwortung übernimmt und nicht nur Forderungen stellt.

Ganztage mit Vielfalt und Wahlfreiheit

- **Wie will die FDP/DVP Baden-Württemberg sicherstellen, dass Jugendverbände und Jugendringe als eigenständige Bildungspartner mit Wahlfreiheit in die Umsetzung des Ganztags eingebunden und fair finanziert werden?**

Wir Freie Demokraten stehen für einen Ganzttag, der Vielfalt, Wahlfreiheit und Qualität sichert. Ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote sollen sich an den Bedürfnissen von Kindern, Jugendlichen und Familien orientieren und dürfen nicht als starres Einheitssystem ausgestaltet werden. Deshalb setzen wir auf flexible Ganztagsmodelle, die unterschiedliche Träger, Konzepte und Zeitstrukturen ermöglichen. Wir wollen, dass außerschulische Akteure – darunter auch Jugendverbände und Jugendringe – als eigenständige Partner eingebunden werden können. Kooperationen im Ganzttag sollen freiwillig erfolgen und die jeweilige Eigenständigkeit der Partner respektieren. Jugendverbände dürfen nicht zu bloßen Erfüllungsgehilfen schulischer Strukturen werden, sondern sollen ihre pädagogischen Konzepte selbstbestimmt einbringen können. Zentral ist für uns eine auskömmliche, transparente und verlässliche Finanzierung des Ganztags. Wir setzen uns dafür ein, dass die Finanzierung der Ganztagsangebote nicht einseitig auf Kommunen oder freie Träger abgewälzt wird. Das Land muss seiner Verantwortung gerecht werden und dauerhaft Mittel bereitstellen, die sowohl Personal- als auch Sachkosten realistisch abbilden. Kurzfristige Projektförderungen halten wir für ungeeignet, um stabile Strukturen im Ganzttag aufzubauen. Wir befürworten zudem den Aufbau kommunaler oder regionaler Koordinierungsstellen, die Kooperationen zwischen Schulen, Kommunen und außerschulischen Partnern organisieren und unterstützen. Diese Stellen sollen entlasten, vernetzen und Qualität sichern, ohne zusätzliche Bürokratie aufzubauen. Ziel ist es, klare Ansprechpartner zu schaffen und Doppelstrukturen zu vermeiden.

Ein besonderes Augenmerk legen wir auf die Feriengestaltung. Ganzttag darf nicht am Schuljahresende enden. Wir wollen verlässliche, qualitativ hochwertige und bedarfsgerechte Ferienangebote ermöglichen, die mit bestehenden Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit verzahnt sind. Ferienangebote sollen flexibel ausgestaltet sein und Eltern Wahlmöglichkeiten bieten, ohne bestehende Ferienfreizeiten oder Angebote der Jugendverbände zu verdrängen.

Insgesamt verfolgen wir als FDP einen Ganztagsansatz, der Qualität vor Quantität stellt, Wahlfreiheit erhält und die Vielfalt außerschulischer Bildungsangebote bewusst einbindet.

Mentale Gesundheit – Prävention stärken, Eigenverantwortung fördern

- **Welche Maßnahmen plant die FDP/DVP Baden-Württemberg zur Stärkung der psychischen Gesundheit junger Menschen und zur Ausweitung präventiver Angebote?**

Die Jugend von heute ist deutlich stärkeren und vielfältigeren Belastungen ausgesetzt als in früheren Zeiten. Insbesondere die ständige Erreichbarkeit sowie die permanente Konfrontation mit Selbstbildern und Erwartungen im digitalen Raum bringen neue Herausforderungen und Probleme mit sich. Diese Entwicklungen wirken sich zunehmend auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen aus. Als FDP ist uns bewusst, dass das Angebot an qualifizierten Gesundheits- und Unterstützungsleistungen für Kinder und Jugendliche weiterentwickelt werden sollte. Genau aus diesem Grund fordern wir in unserem Wahlprogramm ausdrücklich, dass die „psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen verbessert wird“.

Wir Freie Demokraten setzen gesundheitspolitisch insgesamt auf Prävention, Gesundheitsförderung und Gesundheitskompetenz. Frühe Unterstützung verhindert spätere

Krisen und entlastet das System. Deshalb machen wir uns auch dafür stark, dass an Schulen mehr Schulpsychologie und mehr Schulsozialarbeit verfügbar sind und dass diese Angebote strukturell besser zusammenarbeiten, etwa in multiprofessionellen Teams. Wir halten es für entscheidend, dass Unterstützung niedrigschwellig erreichbar ist und nicht an fehlenden Kapazitäten scheitert. Unser Ziel ist es, frühzeitige Hilfe, eine bessere Versorgungslage und verlässliche Unterstützungsstrukturen zu schaffen, um junge Menschen in ihrer Entwicklung wirksam zu stärken.

• Wie will die FDP/DVP trotz knapper Haushalte Präventions- und Unterstützungsangebote auf kommunaler Ebene sichern?

Wir wollen die Landeszuschüsse fortschreiben und mit einer wachstumsorientierten Politik für mehr Handlungsspielraum der Kommunen sorgen. Diese entlasten wir zudem durch eine umfassende Verwaltungsreform und den Abbau von Bürokratie. Zudem wollen wir Haushaltsmittel stärker auf wirksame Kernaufgaben und Zukunftsinvestitionen konzentrieren und dafür eine konsequente Aufgabenkritik sowie mehr Effizienz im Staat. In einem solchen Ansatz liegt für uns der Schlüssel, um gerade wirksame Präventions- und Unterstützungsstrukturen nicht ständig „unter Finanzierungsvorbehalt“ zu stellen. Wir leiten daraus ab: Prävention und Unterstützung sollen auf kommunaler Ebene vor allem über klare Prioritätensetzung, Entbürokratisierung und bessere Verzahnung bestehender Strukturen gesichert werden, statt immer neue Parallelprogramme aufzubauen. Wo Landesmittel eingesetzt werden, müssen sie so gestaltet sein, dass Kommunen und Träger sie mit vertretbarem Aufwand abrufen und dauerhaft nutzen können.

Freiwilligendienste stärken – freiwillig, attraktiv, durchlässig

• Wie möchte die FDP/DVP Baden-Württemberg Freiwilligendienste attraktiver gestalten und stärker mit Ausbildung, Studium und Beruf verzahnen?

Wir Freie Demokraten wollen, dass Engagement sichtbar anerkannt wird und jungen Menschen konkrete Vorteile eröffnet: beim Bildungsweg, beim Berufseinstieg und bei Bewerbungen. Deshalb setzen wir darauf, ehrenamtliches Engagement stärker zu berücksichtigen, anzurechnen und aufzuwerten. Zugleich unterstützen wir Angebote, die Freiwilligendienste in konkrete Lebens- und Ausbildungsrealitäten integrieren, beispielsweise indem bestehende Programme bedarfsgerecht ausgebaut werden. Ein Beispiel hierfür ist für uns die Weiterentwicklung und der Ausbau von FSJ Sport und Schule.

• Welche konkreten Maßnahmen schlägt die FDP/DVP vor zur Entlastung und Stärkung von Trägern und Einsatzstellen sowie zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Freiwilligendienstleistende (z. B. Anerkennung, Flexibilität, Anschlussfähigkeit)?

Wir Freie Demokraten setzen auf drei zentrale Ansatzpunkte: Bürokratieabbau, Anerkennung und praktikable Rahmenbedingungen. Erstens wollen wir Träger und Einsatzstellen deutlich entlasten, indem Verwaltungs- und Nachweispflichten reduziert, Verfahren digitalisiert und Förderbedingungen vereinfacht werden. Freiwilligendienste dürfen nicht an komplizierten Vorgaben oder unverhältnismäßigem Verwaltungsaufwand scheitern. Zweitens wollen wir ehrenamtliches Engagement sichtbarer und attraktiver anerkennen. Dazu setzen wir auf eine moderne, digitale Ehrenamtskarte mit echten Vorteilen, die landesweit nutzbar und bürokratiearm ausgestaltet ist. Anerkennung soll für junge Menschen einen spürbaren Mehrwert

bieten. Drittens fordern wir verbesserte materielle und organisatorische Rahmenbedingungen für Freiwilligendienstleistende. Dazu gehören eine auskömmliche finanzielle Ausstattung der Dienste, verlässliche Unterstützung bei Mobilitätskosten sowie mehr Flexibilität in der Ausgestaltung der Freiwilligendienste. Gleichzeitig wollen wir die Anschlussfähigkeit an Ausbildung, Studium und Beruf stärken, etwa durch bessere Anerkennung der erworbenen Kompetenzen und klarere Übergänge in Bildungs- und Berufswege. Unser Ziel ist es, Freiwilligendienste attraktiv, freiwillig und lebensnah zu gestalten – als echte Chance zur Orientierung und persönlichen Entwicklung.

Ehrenamt ermöglichen und entbürokratisieren

• Wie will die FDP/DVP Baden-Württemberg junge Ehrenamtliche gezielt unterstützen und von bürokratischen Hürden entlasten?

Wir Freie Demokraten wollen ehrenamtliches Engagement – gerade von jungen Menschen – erleichtern, nicht verkomplizieren. Freiwilliges Ehrenamt darf nicht durch übermäßige Bürokratie, komplexe Förderlogiken oder rechtliche Unsicherheiten entmutigt werden. Deshalb setzen wir auf einen konsequenten Abbau von Verwaltungs- und Dokumentationspflichten im Ehrenamt. Wir wollen Verfahren vereinfachen, standardisieren und stärker digitalisieren, damit junge Ehrenamtliche ihre Zeit für inhaltliche Arbeit und nicht für Formulare aufwenden müssen. Gleichzeitig setzen wir auf klare, verständliche Regelungen, die Rechtssicherheit schaffen und Engagement planbar machen. Ehrenamtliche Strukturen sollen mit Vertrauen behandelt werden, nicht mit Misstrauen.

• Wie soll die Ehrenamtskarte/Juleica weiterentwickelt werden, um echte Mehrwerte und attraktive Vergünstigungen zu bieten?

Wir Freie Demokraten wollen die Ehrenamtskarte und die Juleica zu modernen, attraktiven Anerkennungsinstrumenten weiterentwickeln, die insbesondere für junge Menschen einen spürbaren Mehrwert haben. Anerkennung darf nicht symbolisch bleiben, sondern muss sich im Alltag auszahlen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Ehrenamtskarte digital, unbürokratisch und landesweit nutzbar ist. Sie soll Zugang zu echten Vergünstigungen eröffnen, etwa in den Bereichen Mobilität, Kultur, Sport und Freizeit. Wichtig ist uns dabei auch private Akzeptanzstellen mit einzubinden, für wirklich attraktive Angebote. Gleichzeitig wollen wir bestehende Nachweise bündeln und vereinfachen, sodass Ehrenamtliche nicht mehrere Systeme parallel nutzen müssen. Ziel ist eine attraktive Anerkennung, die Engagement sichtbar macht und zur Nachahmung ermutigt.

• Für welche konkreten Maßnahmen zur Vereinfachung von Organisation, Verwaltung und Abrechnung ehrenamtlicher Projekte setzt sich die FDP/DVP ein?

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine grundlegende Vereinfachung der organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen ehrenamtlicher Projekte ein. Förderverfahren sollen übersichtlich, verständlich und verhältnismäßig ausgestaltet sein. Wir wollen weniger kleinteilige Zweckbindungen, pauschalisierte Abrechnungsmodelle und realistische Nachweisanforderungen, die sich am Umfang der Förderung orientieren. Wir fordern zudem, dass digitale Verfahren zum Standard werden: von der Antragstellung über die Mittelbewirtschaftung bis zur Abrechnung. Doppelprüfungen, parallele Berichtspflichten und uneinheitliche Vorgaben sollen reduziert werden. Insbesondere kleine Initiativen und Jugendgruppen sollen Projekte ohne professionellen Verwaltungsapparat umsetzen können.

Insgesamt verfolgen wir das Ziel, ehrenamtliche Arbeit organisatorisch zu erleichtern, finanziell kalkulierbar zu machen und rechtlich abzusichern – damit Engagement möglich bleibt und nicht an Verwaltung scheitert.

Klima und Nachhaltigkeit – innovativ und realistisch

• Welche innovativen, technologieoffenen Maßnahmen schlägt die FDP/DVP Baden-Württemberg für einen generationengerechten Klimaschutz vor?

Wir stellen uns ein Baden-Württemberg vor, das mit modernster Technik klimafreundlich und zugleich wirtschaftlich stark ist. Ein Land, in dem Forschung und Unternehmergeist zusammenwirken, um neue Klimaschutztechnologien zu entwickeln und marktfähig zu machen. Statt starre Technologievorgaben zu machen, muss Politik die Ziele klar definieren und es dann den besten Ideen überlassen, den Weg dorthin zu finden. Eine wirkungsorientierte Klimapolitik misst sich an Ergebnissen, nicht an Symbolen.

Gerade unser Land hat dafür die besten Voraussetzungen. Hier entstehen Technologien, die weltweit gefragt sind. Hier gibt es Gründerinnen und Gründer, die bereit sind, neue Wege zu gehen, und Unternehmen, die mit Innovationskraft und Mut investieren. Deshalb wollen wir Reallabore und Experimentierräume für Energie- und Klimaschutztechnologien deutlich ausweiten, damit neue Ideen schnell und praxisnah getestet werden können.

Dabei sollen alle klimafreundlichen Technologien unabhängig von politischer Popularität gleichwertig behandelt werden. Wir wollen sämtliche verfügbaren Technologien nutzen, von Wasser, Wind und Sonne über Wasserstoff bis hin zu neuen Generationen der Kernenergie und der CO₂-Speicherung.

Jede Klimaschutzmaßnahme und Förderung sollte sich daran messen lassen, wie viel CO₂ pro investiertem Euro eingespart wird. Unser Leitspruch lautet: So viel Klimaschutz wie möglich für so wenige Euro wie nötig.

• Wie steht die FDP/DVP zu einem Sofortprogramm zur Erreichung der Klimaziele bis 2040?

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Deshalb müssen wir Maßnahmen ergreifen, die auch wirklich etwas bringen. Wir Freie Demokraten stehen für eine ehrliche, effiziente und marktwirtschaftliche Klimapolitik, die auf Innovation und die Wirtschaftskraft unseres Landes setzt.

Deutschland und Baden-Württemberg sollten in der Frage der Klimaneutralität keinen Sonderweg gehen. Wir setzen auf EU-weit abgestimmte Ziele und Instrumente, insbesondere Klimaneutralität bis 2050 und einen starken europäischen Emissionshandel als zentrales Steuerungsinstrument. Wenn Baden-Württemberg strengere Ziele ausruft als der Bund oder die EU, obwohl in zentralen Bereichen wie Verkehr und Energie die entscheidenden gesetzlichen Handlungsmöglichkeiten fehlen, verliert Klimaschutz an Glaubwürdigkeit.

Zudem stehen weder ausreichende finanzielle Mittel noch Personal, Material und Ressourcen in ausreichendem Umfang zur Verfügung, um bereits 2040 Klimaneutralität zu erreichen. Klimaschutz muss deshalb als europäische Gemeinschaftsaufgabe verstanden werden, bei der alle 27 Mitgliedstaaten an einem Strang ziehen.

Was das Klima braucht, ist ein technologieoffenes, marktwirtschaftliches Gesamtkonzept mit dem Emissionshandel im Zentrum. Wenn der Markt innerhalb klarer Regeln entscheidet, setzen

sich die besten Technologien durch. So erreichen wir wirksamen Klimaschutz ohne teure, marktverzerrende Subventionen.

Verlässliche Rahmenbedingungen für Kinder- und Jugendarbeit

- **Setzt sich die FDP/DVP Baden-Württemberg für einen klaren und verlässlichen Bündnisschutz der Kinder- und Jugendarbeit in der Legislatur 2026–2031 ein?**

Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Bedeutung der Kinder- und Jugendarbeit als eigenständigem Bereich gesellschaftlichen Engagements, politischer Bildung und demokratischer Teilhabe. Sie ist aus unserer Sicht kein nachrangiger freiwilliger Leistungsbereich, sondern ein wichtiger Bestandteil einer lebendigen Zivilgesellschaft. Wir setzen auf verlässliche, transparente und planbare Rahmenbedingungen, die Trägern der Kinder- und Jugendarbeit Handlungssicherheit geben, ohne sie durch starre Schutzklauseln oder zusätzliche Regulierungen einzuengen. Wir verfolgen dabei den Grundsatz, dass Förderstrukturen verlässlich, nachvollziehbar und langfristig angelegt sein müssen. Gleichzeitig halten wir es für notwendig, Förderpolitik regelmäßig auf Zielgenauigkeit, Wirkung und Bürokratieaufwand zu überprüfen.

- **Wie stellt die FDP/DVP die Stellung der Jugendverbände und Jugendringe als Interessensvertretung junger Menschen und Werkstätten der Demokratie sicher?**

Wir Freie Demokraten erkennen die wichtige Rolle von Jugendverbänden und Jugendringen für demokratische Bildung, gesellschaftliches Engagement und politische Meinungsbildung an. Sie leisten einen zentralen Beitrag zur Vermittlung demokratischer Kompetenzen und zur Stärkung des Ehrenamts. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Arbeit unter verlässlichen und bürokratiearmen Rahmenbedingungen stattfinden kann. Ehrenamtliches Engagement soll erleichtert und nicht durch übermäßige Nachweis- oder Berichtspflichten behindert werden.

- **Welche Maßnahmen plant die FDP/DVP zum Erhalt, zur Modernisierung und zur flexiblen Nutzung gemeinnütziger Jugendbildungs-, Freizeit- und Übernachtungsstätten?**

Wir Freie Demokraten erkennen an, dass gemeinnützige Jugendbildungs-, Freizeit- und Übernachtungsstätten eine wichtige Infrastruktur für Jugendbildung, ehrenamtliches Engagement, außerschulisches Lernen und demokratische Bildung darstellen. Sie ermöglichen Angebote der Jugendverbände, Ferienfreizeiten, Bildungsmaßnahmen und Qualifizierungen, die ohne entsprechende Einrichtungen nicht realisierbar wären. Wir setzen uns für investive Förderstrukturen ein, die den Erhalt und die Modernisierung gemeinnütziger Infrastruktur ermöglichen. Dazu gehören insbesondere Maßnahmen zur baulichen Sanierung, zur energetischen Modernisierung und zur digitalen Ausstattung. Förderprogramme müssen aus unserer Sicht unbürokratisch ausgestaltet sein und dürfen Träger nicht durch komplexe Antrags- und Nachweisverfahren überfordern.

Ein weiterer Schwerpunkt ist für uns die flexible Nutzung solcher Einrichtungen. Wir wollen rechtliche und förderrechtliche Rahmenbedingungen so ausgestalten, dass Mehrfachnutzungen – etwa für Bildung, Freizeit, Ehrenamt, Ganztags- oder Ferienangebote – möglich sind, ohne dass Fördermittel gefährdet oder zusätzliche Genehmigungshürden aufgebaut werden. Wir sprechen uns zudem dafür aus, dass ehrenamtlich getragene Einrichtungen nicht durch steigende Auflagen, Dokumentationspflichten oder überzogene Standards faktisch in ihrer Existenz bedroht werden. Bürokratieabbau, Vertrauen in die Trägerstrukturen und praxistaugliche Regelungen sind für uns zentrale Voraussetzungen, um diese Infrastruktur langfristig zu sichern.

- **Wie positioniert sich die FDP/DVP Baden-Württemberg zur Novellierung des Freistellungsgesetzes?**

Wir Freie Demokraten erkennen die Bedeutung ehrenamtlichen Engagements ausdrücklich an, auch im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit. Ehrenamtliches Engagement ist für uns ein tragender Pfeiler der Zivilgesellschaft und verdient Wertschätzung sowie praktikable Rahmenbedingungen. Wir setzen uns jedoch dafür ein, dass Regelungen zur Freistellung für ehrenamtliche Tätigkeiten praxistauglich, verhältnismäßig und ausgewogen ausgestaltet sind. Eine Novellierung des Freistellungsgesetzes darf aus unserer Sicht weder zu unverhältnismäßigen Belastungen für Arbeitgeber führen noch neue bürokratische Hürden schaffen. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen müssen organisatorisch und wirtschaftlich handlungsfähig bleiben.

Wir stehen deshalb einer Ausweitung gesetzlicher Freistellungsansprüche mit Augenmaß gegenüber. Statt pauschaler oder verpflichtender Regelungen setzen wir auf flexible Lösungen, die betriebliche Belange berücksichtigen und auf Kooperation statt Zwang setzen. Freistellung soll ermöglicht werden, wo sie praktikabel ist, darf aber nicht automatisch oder losgelöst von den jeweiligen betrieblichen Rahmenbedingungen erfolgen. Gleichzeitig halten wir es für sinnvoll, ehrenamtliches Engagement durch unbürokratische Verfahren, klare Regelungen und eine bessere Information über bestehende Freistellungsmöglichkeiten zu unterstützen. Wo Anpassungen am Freistellungsgesetz erfolgen, müssen diese rechtssicher, verständlich und einfach handhabbar sein.

#VisionJungesBW

- **Wie beschreibt die FDP/DVP Baden-Württemberg ihre Vision eines freiheitlichen, chancenorientierten und jugendgerechten Baden-Württembergs?**

Wir Freie Demokraten wollen ein Baden-Württemberg, das jungen Menschen Freiheit, Chancen und Vertrauen bietet. Unser Ziel ist eine Politik, die Eigenverantwortung stärkt, Leistung ermöglicht und individuelle Lebensentwürfe respektiert. Junge Menschen sollen ihre Talente entfalten können – unabhängig von Herkunft, Wohnort oder sozialem Hintergrund. Wir setzen auf eine starke Bildung, eine moderne Verwaltung, wirtschaftliche Dynamik und eine offene Gesellschaft, in der Mitgestaltung möglich ist, ohne Zwang oder Bevormundung.

- **Welche jugendpolitischen Maßnahmen haben für die FDP/DVP dabei höchste Priorität?**

Wir Freie Demokraten setzen in der Jugendpolitik klare inhaltliche Prioritäten, die jungen Menschen echte Chancen eröffnen und sie in ihrer Selbstständigkeit stärken. Zentrale Grundlage ist für uns eine leistungsfähige, moderne und durchlässige Bildung. Wir wollen Schulen stärken, Bildung praxisnäher gestalten und jungen Menschen frühzeitig Kompetenzen vermitteln, die sie für Ausbildung, Studium, Beruf und gesellschaftliche Teilhabe benötigen. Dazu gehören insbesondere digitale Kompetenzen, politische Bildung sowie wirtschaftliches Grundverständnis. Wir priorisieren zudem den Erhalt von Wahlfreiheit in Bildung und Betreuung. Staatliche Angebote sollen Vielfalt ermöglichen und dürfen junge Menschen und ihre Familien nicht in starre Modelle drängen. Das gilt insbesondere für den Ausbau des Ganztags, der qualitativ hochwertig, flexibel und verlässlich finanziert sein muss und außerschulische Akteure einbindet, ohne deren Eigenständigkeit zu gefährden.

Ein weiterer Schwerpunkt ist für uns die Stärkung von Beteiligung und demokratischer Kompetenz, ohne diese durch übermäßige Formalisierung zu entwerten. Wir wollen Beteiligung

einfacher, digitaler und transparenter machen und jungen Menschen den Zugang zu politischen Prozessen erleichtern. Ziel ist es, demokratisches Engagement zu fördern, ohne es zu verpflichten oder durch Bürokratie zu hemmen. Wir sehen darüber hinaus im Abbau von Bürokratie eine zentrale jugendpolitische Aufgabe. Bürokratische Hürden treffen junge Menschen besonders beim Übergang von Schule in Ausbildung, Studium, Beruf oder Selbstständigkeit. Deshalb setzen wir uns für schlanke Verwaltungsverfahren, digitale Antragswege und verständliche Regelungen ein. Das gilt auch für ehrenamtliches Engagement, das wir stärken wollen, indem wir es von unnötigen Auflagen entlasten.

Insgesamt verfolgen wir als FDP eine Jugendpolitik, die auf Vertrauen, Eigenverantwortung und Freiheit setzt – und jungen Menschen die Möglichkeit gibt, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten.